

Stand: 14.06.2026 22:49:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10741

"Nachhaltig und günstig leben: Menschen, Eigentum und Wirtschaft vor Öl- und Gaspreis-Kostenschock schützen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10741 vom 10.03.2026
2. Beschluss des Plenums 19/10781 vom 11.03.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 71 vom 11.03.2026



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und Fraktion **(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Nachhaltig und günstig leben: Menschen, Eigentum und Wirtschaft vor Öl- und Gaspreis-Kostenschock schützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts der explodierenden Kosten für Erdöl und Erdgas durch den andauernden Nahostkonflikt und der damit drohenden Öl- und Gaskrise, umgehend ein Maßnahmenpaket zur Energieeinsparung aufzulegen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- das Gebäudeenergiegesetz beibehalten wird, insbesondere die 65 Prozent erneuerbare Energienvorgabe für neue Heizungen,
- der dynamische Ausbau der erneuerbaren Energien weitergeführt wird und nicht durch Netzengpassgebiete und Förderstopps ausgebremst wird.

### **Begründung:**

Die aktuellen Entwicklungen auf den Energiemärkten machen erneut deutlich, wie riskant unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist. Die Preise für Gas und Öl haben sich annähernd verdoppelt und sind auf einem dreijährigen Höchststand. Die Krise trifft Bayern in einem Moment, in dem die heimischen Gasspeicher nahezu leer sind. Schwankende Öl- und Gaspreise belasten viele Menschen – Mieterinnen und Mieter ebenso wie Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer und unsere Wirtschaft – und zeigen, wie verletzlich ein auf Öl und Gas basierendes System ist.

Gerade jetzt braucht es eine vorausschauende Strategie der Staatsregierung: Energieeinsparung, Effizienz, eine konsequente Wärmewende und der Ausbau der erneuerbaren Energien müssen gemeinsam vorangebracht werden. Denn jede eingesparte Kilowattstunde schützt nicht nur das Klima, sondern auch den Geldbeutel.

Zugleich wird klar, wie entscheidend der Umstieg auf heimisch erzeugte, erneuerbare Energien aus Wind und Sonne in allen Bereichen ist. Sie schaffen Unabhängigkeit, regionale Wertschöpfung und langfristige Preisstabilität. Damit diese Vorteile wirken können, braucht es einen weiterhin dynamischen und beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien insgesamt – verlässlich, planbar und mit klaren politischen Rahmenbedingungen. Nur wenn Strom aus Wind und Sonne in ausreichendem Maß verfügbar ist, kann sich unsere Wirtschaft auf stabile Rahmenbedingungen verlassen. Und nur dann können Wärmepumpen, Nahwärmenetze und innovative Speicherlösungen ihr volles Potenzial entfalten. Der eingeschlagene Transformationspfad in Richtung erneuerbare

Energien ist genau die richtige Antwort für unsere Wirtschaft, für den Klimaschutz und bezahlbare Preise für Strom und Heizen.

Die bundesweiten Vorgaben zur 65-Prozent-Quote erneuerbarer Energien im Heizbereich geben dafür den notwendigen Rahmen. Sie sorgen für Planungssicherheit, fördern Innovation und schützen Verbraucherinnen und Verbraucher vor fossilen Kostenfallen. Eine konsequente Umsetzung dieser Ziele und ein ambitionierter Ausbau der Erneuerbaren sind zentrale Bausteine für eine nachhaltige, gerechte und krisenfeste Energieversorgung.



## **Beschluss**

### **des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Dr. Markus Büchler, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Mia Goller, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Ursula Sowa, Laura Weber** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 19/10741

**Nachhaltig und günstig leben: Menschen, Eigentum und Wirtschaft vor Öl- und Gaspreis-Kostenschock schützen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Ludwig Hartmann**

IV. Vizepräsident

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Florian Köhler

Abg. Jenny Schack

Abg. Daniel Halemba

Abg. Björn Jungbauer

Abg. Martin Behringer

Abg. Florian von Brunn

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Ich rufe zur Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Nachhaltig und günstig leben: Menschen, Eigentum und Wirtschaft vor Öl- und Gaspreis-Kostenschock schützen (Drs. 19/10741)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Kollegen Martin Stümpfig für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Unserer Meinung nach hätte man alle vier Dringlichkeitsanträge zusammen beraten sollen. Das wäre sinnvoll gewesen. Ich glaube, das wurde aber von den Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU nicht gewünscht, soweit ich es mitbekommen habe. Auf jeden Fall beraten wir jetzt den vierten Dringlichkeitsantrag zu diesem Thema.

Unser Antrag lautet: "Nachhaltig und günstig leben: Menschen, Eigentum und Wirtschaft vor Öl- und Gaspreis-Kostenschock schützen". Wir fordern ein Maßnahmenpaket zur Energieeinsparung. Wir bedauern es sehr, dass die Bayerische Staatsregierung das damalige Flaggschiff der Energieeinsparung, das 10.000-Häuser-Programm, gekippt hat. Unter dem Wirtschaftsminister Aiwanger ist dieses komplett eingestellt worden. In Bayern gibt es kein einziges Förderprogramm mehr, das die Menschen unterstützt, wenn sie Maßnahmen an der Gebäudehülle ihres Hauses umsetzen wollen. Das kann doch nicht sein. Das rächt sich hinsichtlich der hohen Kosten, die nicht nur bei der Mobilität, sondern auch im Wärmebereich bestehen. Es ist ein großes Versagen, dass Sie das eingestampft haben. Das merkt man heute umso mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genauso sehen wir die angekündigte Änderung des EEG problematisch. Eine Photovoltaikanlage ist der Grundstein für die Menschen, um anzufangen, die eigene Ener-

gieversorgung umzustellen und danach vielleicht noch einen Speicher einzubauen, eine Wärmepumpe zu installieren und sich ein Elektroauto anzuschaffen. Wir hatten letztes Jahr zur gleichen Zeit 9.000 Anträge für Installationen von Photovoltaikanlagen in Bayern. Seit Jahresbeginn sind es nur noch 1.000 Stück. Das ist Ihre Politik in Berlin. Das ist wirklich dramatisch.

Zum Schluss möchte ich kurz sagen: Heute jährt sich zum 15. Mal die Fukushima-Katastrophe. Es ist wirklich sehr bedauerlich, dass wir in Bayern einen Ministerpräsidenten haben, der das alles auf die Seite schiebt, nur noch die Atomkraft lobt und in irgendwelchen Träumen verhaftet ist. Atomkraft hat keine Zukunft. Sie ist teuer, hochriskant und wird sich nicht durchsetzen. Den erneuerbaren Energien gehört die Zukunft. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Florian Köhler von der AfD vor. Bitte.

**Florian Köhler (AfD):** Sehr geehrter Herr Stümpfig, in Ihrem Antrag fordern Sie angesichts der explodierten Öl- und Gaspreise ein sofortiges Maßnahmenpaket zur Energieeinsparung für die Bevölkerung. Diese Forderung erinnert mich ein bisschen an die abgehobene Aussage von Winfried Kretschmann im Jahr 2022. Er meinte sinngemäß, die Menschen sollen einen Waschlappen verwenden, anstatt zu duschen.

(Florian von Brunn (SPD): Beim Wort Waschlappen denke ich an etwas ganz anderes!)

Gleichzeitig forderte Ihre Fraktionsvorsitzende kürzlich, dass der öffentliche Raum besser beleuchtet werden soll, um die Sicherheit von Frauen zu erhöhen. Meine erste Frage lautet daher: Wollen Sie jetzt Energie sparen oder nachts mehr Straßenbeleuchtung, damit Frauen wieder sicher nach Hause kommen?

(Zuruf von den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die zweite Frage ist persönlich und müssen Sie nicht beantworten, wenn Sie es nicht möchten: Beherzigen Sie die Sparvorschläge von Herrn Kretschmann bezüglich des Waschlappens oder eher nicht?

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Was ist das für eine Frage? – Markus Rinderspacher (SPD): Meine Güte!)

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Ich habe gerade skizziert, was wir in unserem Maßnahmenpaket bezüglich der Gebäudehülle usw. vorschlagen. Auf Ihre Fragen brauche ich nicht einzugehen. Sie diskreditieren sich dadurch als Fragesteller selbst.

(Volkmar Halbleib (SPD): So ist es! Da läuft er schon rot an! Peinlicher geht's nicht!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Als nächster Rednerin erteile ich Frau Kollegin Jenny Schack für die CSU-Fraktion das Wort.

**Jenny Schack (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe von der SPD, den GRÜNEN und der AfD)

Während hier noch über die Bänke hinweg gerufen wird, würde ich mit meiner Rede anfangen. Die GRÜNEN überschreiben ihren Antrag mit tollen Worten: günstig heizen, bezahlbar wohnen, unabhängig werden. – Das klingt gut. Die Vorschläge gehen jedoch an der Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei.

Sie behaupten, dass der Bund und der Freistaat sinkende Gasspeicherstände in Kauf nehmen würden. Das stimmt nicht. Ich kürze es einmal ab: Im Gegenteil, wir sichern die Energieversorgung auch jetzt in eben dieser – wir haben es heute schon sehr oft gehört – weltpolitisch angespannten Lage. Wir entlasten die Menschen, und wir gestalten die Wärmewende praxistauglich, statt die Menschen mit Verboten und sämtlichen Steinen, die ihnen in den Weg gelegt werden, zu überfordern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen wir uns den Antrag einmal an: Die Gasspeicher – das ist ein Absatz im Antrag – sollen ja, sagen die GRÜNEN, einfach leer sein. Wir werden das morgen im Wirtschaftsausschuss auf der Tagesordnung haben und noch einmal eingehend besprechen. Wir haben uns durchaus Gedanken gemacht, und ich habe explizit nachgefragt, wie es in dem Zusammenhang aussieht. Nun, die Gasversorgung in Deutschland gilt nach Einschätzung der Bundesnetzagentur und auch der Fachleute, um das einmal zusammenfassend zu sagen, weiterhin als gesichert, trotz des Krieges im Iran. Aus dem Iran beziehen wir übrigens kein Flüssiggas.

Warum gilt die Gasversorgung als weiterhin gesichert? – Weil wir unsere Importe breit aufgestellt haben. Wir beziehen Gas natürlich aus Norwegen. Das habe ich vorhin betont: Wir beziehen Gas vornehmlich aus Norwegen, aber auch aus anderen Ländern wie den USA und aus Libyen. Wir betreiben LNG-Terminals, weswegen verbindliche Mindestfüllstände der unterirdischen Gasspeicher per Gesetz und Verordnung festgelegt sind. Auch das haben wir heute schon gehört.

Die GRÜNEN tun in ihrem Antrag so, als gäbe es noch keine Antwort auf die hohen Energiepreise. Auch dazu haben wir heute schon einiges gehört, sowohl zur aktuellen Lage als auch auf langfristige Sicht. In Bezug auf die langfristigen Engagements in Bayern und darüber hinaus sind konsequente Programme zu nennen, die wir aufgelegt haben, um Energie einzusparen und effizient mit Energie umzugehen: auf EU-Ebene EFRE-Mittel, zudem von unserer Seite LfA-Kreditprogramme, kommunale Energienutzungspläne und Energieeffizienznetzwerke für Unternehmen. Sie können einmal nachsehen, das ist insgesamt betrachtet unglaublich viel.

Viele finden sich unter einem Dach zusammen und arbeiten daran, voranzukommen. Allein im Energiekreditprogramm der LfA wurden in den Jahren 2024 und 2025 220 Millionen Euro Fördervolumen für Effizienzmaßnahmen bereitgestellt. Das ist eine ganze Menge. Von wegen, wir täten nichts! Wir tun wahnsinnig viel, und zwar auch hier im Freistaat Bayern. Gleichzeitig werden auf Bundes- und Landesebene strategische Reserven- und Speicherlösungen diskutiert, um uns eben auch in Krisensituatio-

nen gut aufzustellen. Auch dazu haben wir heute schon einiges gehört. Deswegen würde ich es in diesem Fall dabei belassen.

Kern des Antrags ist die Forderung, das alte Gebäudeenergiegesetz mit der starren 65-%-Vorgabe für erneuerbare Energien bei neuen Heizungen beizubehalten. Genau diese Vorgabe ist das Problem. Sie hätte gerade Eigentümer älterer Häuser gezwungen, neben einer neuen Heizung oft noch weitere Kosten auf sich zu nehmen, beispielsweise teure Umbauten, neue Heizkörper und zudem auch Dämmmaßnahmen zu finanzieren. Das läppert sich. Wer nur auf den Brennstoffpreis blickt – wie es die Kollegin bei einer anderen Rede ausgeführt hat –, der übersieht zusätzliche Kosten für Umbauten, Sanierung usw. Das wird einfach alles ausgeblendet. Die 65-%-Vorgabe hätte viele Eigentümer älterer Gebäude finanziell überfordert, und genau das wollen und werden wir verhindern.

Wir setzen grundsätzlich – das kann man nicht oft genug betonen – auf Technologieoffenheit. Wärmepumpen finden wir toll, wenn sie sinnvoll sind. Natürlich sind wir nicht grundsätzlich gegen Wärmepumpen; aber sie sollen dort zum Einsatz kommen, wo sie funktionieren und sinnvoll sind. Es gibt auch beispielsweise Nahwärme, Biomasse oder Geothermie, wofür es große Fans bei uns gibt. Künftig werden auch klimaneutrale Gase einbezogen. Diese Lösungen stehen einer von oben vorgeschriebenen Einheitslösung, wie sie vorher der Fall war, entgegen.

Die GRÜNEN fordern außerdem ein bayerisches Maßnahmenpaket zur Energieeinsparung. Das haben wir schon gehört. Das klingt, als wäre bisher nichts passiert, und ist deswegen spannend, da wir seit Jahren dabei sind, mit Förderprogrammen für Unternehmen massiv auf Effizienz zu setzen. Auch darüber können Sie sich unter bayerischen Regionalförderungen für kleine und mittelständische Unternehmen und Energienutzungspläne für Kommunen informieren. Zu Netzwerken, in denen über 800 Unternehmen gemeinsam Einsparpotenziale heben, will ich gar nichts Weiteres ausführen. Kurz gesagt, die Menschen und Betriebe werden auf der Kostenseite bereits kontinuierlich entlastet, statt nur mit einem kurzfristigen Aktionismuspaket.

Genauso steht es um die erneuerbaren Energien. Auch dies haben wir schon ausführlich und oft gehört; aber lassen Sie mich das noch kurz ausführen: Wir haben ja knapp 40 Gigawatt installierte Leistungen aus erneuerbaren Energien, vor allem Photovoltaik, dazu Wind, Wasserkraft und Biomasse. Wir bauen weiter systemverträglich aus, damit Netze und Kosten im Griff behalten werden können und es sukzessive vorangeht. Das alles leisten wir, und trotzdem wird immer unterstellt, dass in Bayern nichts vorangeht. Das ist Quatsch.

Ein Beispiel oder zwei Beispiele aus meinem Stimmkreis, die mir gerade einfallen, zeigen, dass wir hervorragend vorankommen: Wir haben den größten Energiespeicher, der gerade gebaut wird, mit einer Leistung von 400 Megawatt und 700 Megawattstunden Kapazität. Wir haben in Balzhausen die neue Einspeisesteckdose, die neulich eröffnet wurde und Solarparks, Windräder und weitere Speicher an einem Punkt gebündelt ins Netz bringt. Das ist echte Innovation vor Ort und existiert bereits. Insofern ist das, was im Antrag der GRÜNEN steht, als obsolet anzusehen. Wir lehnen den Antrag der GRÜNEN ab.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Bleiben Sie bitte am Pult. Herr Kollege Martin Stümpfig hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Kollegin Schack, ich hätte noch eine Nachfrage. Seit zwanzig Jahren tut sich im Wärmebereich fast gar nichts. Wir haben immer noch 75 % fossile Energien in Bayern. Der Wärmeverbrauch sinkt nicht. Ich habe gerade gehört, dass du pro Wärmepumpe bist. Das finde ich sehr gut; aber warum hat Ministerpräsident Markus Söder letztes Jahr noch gesagt, die Förderung für Wärmepumpen solle eingestellt werden, obwohl Bayern im Jahr 2024 am meisten davon profitiert hat? 540 Millionen Euro gingen für die Umstellung von Öl und Gas auf effiziente Heizungsformen an bayerische Bürger. Warum ist das so? Warum ist die Staatsregierung nach wie vor auf diesem Weg?

Zudem noch eine kurze Anmerkung, weil ich gerade vom Kollegen Hofmann darauf angesprochen worden bin, dass ich die Unwahrheit gesagt hätte und Sie nicht dagegen gewesen wären, die Anträge zusammenzuziehen. Wir wollten es, und die SPD wollte es. Das möchte ich nur noch einmal feststellen. Ich habe hier nicht die Unwahrheit gesagt.

(Michael Hofmann (CSU): Ihr könnt jederzeit eure Anträge zusammenziehen!  
Dafür braucht ihr uns doch nicht! – Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Das Wort hat Frau Kollegin Schack. Bitte schön.

**Jenny Schack (CSU):** Ihr könnt weiter diskutieren, ihr könnt auch rausgehen und Kaffee trinken. Vielleicht hilft es, um diesen Sachverhalt zu erörtern. Manchmal bringt es die Gedanken und die Gemüter wieder ein bisschen zusammen.

Dass deine persönlichen Wünsche vom Ministerpräsidenten nicht alle erfüllt werden, tut mir leid. Grundsätzlich haben wir, und das habe ich gerade aufgezählt, sehr, sehr viel Energie hineingesteckt. Wir blicken ganzheitlich über alle Ebenen hinweg, wir unterstützen, wir legen Förderprogramme auf, und wir schaffen technologieübergreifende Möglichkeiten für alle Menschen. Wir haben auch diejenigen im Blick, die nicht den großen Geldbeutel haben und sich ein Haus mit Wärmepumpe und alles Mögliche nicht leisten können. Sie sollen in allen Bereichen in der Lage sein, ihr Haus energieeffizient zu bauen oder Maßnahmen technologieoffen umzusetzen. Uns geht es darum, dass wir niemandem etwas vorschreiben und von oben herab sagen, nur das eine, beispielsweise was die GRÜNEN wollen, ist die Heilung, die von oben kommt.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Frau Kollegin, achten Sie auf Ihre Redezeit.

**Jenny Schack (CSU):** Wir sagen: Wir gestalten es offen für alle, und jeder soll es halten, wie er mag.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist Herr Kollege Daniel Halemba für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD – Florian von Brunn (SPD): Resozialisierungsverein AfD!)

**Daniel Halemba (AfD):** Herr Präsident, werte Kollegen! Jetzt stellen die GRÜNEN doch tatsächlich einen Dringlichkeitsantrag, der mit den Worten "günstig leben: Menschen, Eigentum und Wirtschaft [...] schützen" überschrieben ist. Um ehrlich zu sein, hielt ich das eigentlich für einen Faschingsscherz; aber als guter Christ weiß ich natürlich, dass die Fastenzeit schon längst begonnen hat.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD – Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Das ist Hohn gegenüber allen Christen!)

Und damit sind wir auch mitten in der ernsten und traurigen Realität dieses Antrags gelangt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Denn wer den Text liest, erkennt schnell, hinter den schönen Schlagworten verbirgt sich nichts anderes als die Fortsetzung einer bevormundenden Ideologie, die unsere Bürger und unserer Wirtschaft teuer zu stehen kommt. Zynisch, wie sie nun einmal ist,

(Volkmar Halbleib (SPD): Davon verstehen Sie ja etwas!)

missbraucht die grüne Fraktion den Nahostkonflikt, um ihre radikale Agenda voranzutreiben. Die GRÜNEN fordern allen Ernstes, am Heizungsgesetz und dieser zerstörerischen 65-%-Vorgabe für neue Heizungen festzuhalten. Sie nennen das Planungssicherheit. Ich sage Ihnen, was das für die Menschen in Bayern ist: Es ist eine Enteignung auf Raten. Vermutlich sind Sie auch noch stolz darauf.

Sie behaupten, dieses Gesetz schütze die Verbraucher vor fossilen Kostenfallen. Die Wahrheit ist, dass Sie die Menschen damit in eine Stromkostenfalle treiben. Darüber hinaus werden Hausbesitzer und Mieter mit astronomischen Kosten für Wärmepum-

pen und Sanierungen belastet, die sich für viele niemals rechnen werden. Nach Schätzung vom "Handelsblatt" zum Beispiel fallen so bundesweit etwa 9,157 Milliarden Euro an Kosten an, und das allein bis 2028. Danach kommen jährlich etwa 5 Milliarden Euro dazu, und die Optimierung bestehender Heizungen schlägt auch noch einmal jährlich mit etwa 50 Millionen Euro zu Buche. Das ist kein Schutz. Das ist schleichende Enteignung unter dem Deckmantel angeblichen Klimaschutzes.

(Beifall bei der AfD)

In Ihrer Begründung schwärmen Sie von der Unabhängigkeit durch Wind und Sonne. Aber eine Industrienation kann sich nicht auf Ernst Blochs "Prinzip Hoffnung" gründen und glauben, dass der Wind immer wehen und die Sonne immer scheinen würde. Jede eingesparte Kilowattstunde, von der Sie sprechen, ja, die Sie sogar bejubeln, ist in der Industrie oft eine Kilowattstunde, die wegen Produktionskürzung oder Abwanderung nicht mehr verbraucht wird. Das bedeutet immer Arbeitslosigkeit. Das bedeutet für Menschen immer auch weniger Beschäftigung, Armut, soziales Elend. Das ist es, wofür die GRÜNEN hier in Wahrheit eintreten und stehen.

Ein Liter Benzin kostet in Bayern aktuell schon über 2 Euro. Dabei entfallen aber 32 Cent auf die Mehrwertsteuer, 16 Cent auf die CO<sub>2</sub>-Steuer und ganze 67 Cent auf die Energiesteuer. Die Regierung nimmt sich hier also über 1,15 Euro pro getanktem Liter. Wenn Sie den Menschen wirklich helfen wollen, warum schaffen Sie denn dann nicht diese elende CO<sub>2</sub>-Steuer einfach ab? Warum senken Sie nicht zumindest zeitweise die Energiesteuer?

Aber die GRÜNEN fordern in ihrem Antrag in ihrem gar pseudoreligiösen Wahn immer mehr und immer teurere Maßnahmen. Werte Kollegen von den GRÜNEN, Ihr Pfad führt nicht in die Freiheit, sondern in die staatliche Mangelwirtschaft. Sie wollen die Menschen vor einem angeblichen Kostenschock schützen, indem Sie ihnen vorschreiben, wie sie zu heizen und zu leben haben.

Daher ist unsere Haltung als AfD-Fraktion ganz klar. Wir sagen: Schluss mit der Ideologie. Wir brauchen keine neuen Maßnahmenpakete zur Energieeinsparung, die am Ende nur den Gürtel der Bürger immer enger schnallen. Wir brauchen eine Rückkehr zur Vernunft, Technologieoffenheit ohne einseitige Verbote und eine Energiepolitik, die den Standort Bayern nicht deindustrialisiert.

Ihr Antrag ist leider kein Faschingsscherz, sondern führt die Bürger unserer schönen Heimat in eine zwangsverordnete Fastenzeit. Lassen Sie sich hier von mir, einem Katholiken, einmal eines sagen: Fasten ist nur dann moralisch wertvoll, wenn es freiwillig geschieht. Ihre tyrannischen Maßnahmen haben keinen moralischen Wert, auch wenn Sie sich das vielleicht einbilden.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie reden über Moral, das ist ja lächerlich!)

Einbildung, Herr Halbleib von der SPD, ist bekanntlich keine Form von Bildung. Daher können wir diesen Antrag auch nur ablehnen.

(Beifall bei der AfD – Volkmar Halbleib (SPD): Sie sind ja blasphemisch, nichts anderes!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Wir haben eine Zwischenbemerkung. Kollege Björn Jungbauer, bitte.

**Björn Jungbauer (CSU):** Herr Halemba, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen über die Fastenzeit. Da habe ich jetzt eine Frage an Sie. Sie waren in Würzburg Spitzenkandidat der AfD zur Stadtratswahl. Jetzt wollte ich mal fragen, wie Sie Ihr Ergebnis bewerten, dass Sie vom ersten Platz auf den ersten Nachrückenplatz gewählt wurden, also von Platz eins auf Platz vier. Sie wurden also nicht gewählt. Sehen Sie das als Fasten an, oder sehen Sie das auch als Schock an, so wie Sie sich jetzt entsprechend in Ihrem Beitrag äußern?

**Daniel Halemba (AfD):** Herr Jungbauer, ich gratuliere Ihnen erst einmal, dass Sie Statistiken lesen können.

(Lachen bei der AfD)

Aber mit so einer billigen Ablenkung schaffen Sie es nun mal nicht, von Ihrem eigenen Ergebnis abzulenken. Ihre Spitzenkandidatin ist von Platz eins auf Platz drei abgerutscht. Der zweite Spitzenkandidat, der das Spitzenduo mit ihr gebildet hat, ist sogar von Platz zwei auf Platz sieben abgerutscht. Ganze fünf Plätze ist er abgerutscht. Das ist hier das eigentlich Peinliche. Ich gebe Ihnen also gern Nachhilfe.

(Lachen und Beifall bei der AfD – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Aber er ist nicht wie Sie rausgeflogen!)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege Martin Behringer, bitte.

**Martin Behringer (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Halemba, wenn Sie vom Christsein reden, muss ich ganz ehrlich sagen, ist das ein wahrer Hohn für alle anderen Christen in diesem Haus. Das muss man schon einmal ganz ehrlich sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Wenn Sie Christ wären, wäre Ihr Verhalten dementsprechend anders. Aber einen – – Das sage ich jetzt lieber nicht; denn sonst kriege ich wahrscheinlich eine Rüge. Dann wäre Ihr Verhalten insgesamt anders, und auch die Aussagen, die ich hier schon von Ihnen gehört habe, wären dann dementsprechend anders.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Daniel Halemba (AfD))

Wie gesagt, es ist ein Hohn für alle Christen. Da brauchen Sie nicht hereinzuschreien;

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

denn das bringt Ihnen jetzt sowieso nichts. Überlegen Sie sich nächstes Mal lieber, was Sie sagen.

Kommen wir lieber zurück zum Thema, auch wenn wir es jetzt schon mehrfach gehört und uns schon mehrfach darüber unterhalten haben, dass wir uns um die steigenden Öl- und Gaspreise momentan kümmern müssen. Auch die GRÜNEN haben einen Antrag dazu gestellt mit einem Maßnahmenpaket zur Energieeinsparung und zur Beibehaltung des Gebäudeenergiegesetzes mit der bekannten 65%-Vorgabe für erneuerbare Energien bei neuen Heizungen.

Das klingt zunächst nachvollziehbar: weniger Energieverbrauch, mehr erneuerbare Energien, mehr Unabhängigkeit von fossilen Importen. Doch wenn man genauer hinschaut, zeigt sich schnell, dass dieser Antrag an mehreren Stellen an der Realität vorbeigeht. Ein Maßnahmenpaket zur Energieeinsparung ist kein Instrument, das kurzfristig auf stark schwankende Energiepreise reagieren kann. Energieeinsparprogramme wirken mittel- und langfristig. Die Bürgerinnen und Bürger, die heute hohe Heizkosten bezahlen, und die Unternehmen, die heute unter steigenden Energiepreisen leiden, haben davon kurzfristig kaum etwas.

Die Zuständigkeit für grundlegende Energiesparregelungen liegt leider auf der Bundesebene. Der Freistaat Bayern unterstützt jedoch bereits seit Jahren Energieeffizienz und Energieeinsparung mit zahlreichen Programmen. Allein im Bereich Energieeffizienz in Unternehmen konnten seit 2016 über 120 Projekte mit mehr als 60 Millionen Euro unterstützt werden. In den Jahren 2024 und 2025 wurden kommunale Energienutzungspläne mit über 1,5 Millionen Euro gefördert. Über die LfA wurden in diesem Zeitraum Fördermittel von mehr als 220 Millionen bereitgestellt. Das zeigt, dass Energieeffizienz und Energieeinsparung längst aktiv vorangebracht werden. Der Antrag suggeriert jedoch, hier würde nichts passieren. Das entspricht schlichtweg nicht den Fakten.

Ein weiterer zentraler Punkt des Antrags ist die Forderung, das Gebäudeenergiegesetz mit der 65%-Vorgabe für erneuerbare Energien bei den Heizungen beizubehalten. Genau diese Vorgabe hat jedoch in der Vergangenheit zu erheblichen Verun-

sicherungen bei Eigentümern, bei Bauherren und bei Wohnungsbaugesellschaften geführt.

Damit kommen wir zu einem Punkt, der im Antrag völlig unterschätzt wird: die Auswirkungen auf den Wohnungsbau. Ganz Bayern steht vor massiven Herausforderungen beim Wohnungsbau. In vielen Städten fehlen Wohnungen, und auch im ländlichen Raum wird bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp. Gleichzeitig sind die Baukosten in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Hohe Materialpreise und gestiegene Zinsen haben dazu geführt, dass zahlreiche Bauprojekte verschoben oder sogar ganz eingestellt wurden.

In dieser Situation brauchen wir politische Rahmenbedingungen, die den Wohnungsbau erleichtern, nicht solche, die ihn zusätzlich erschweren. Starre Vorgaben wie die 65-%-Quote im Gebäudeenergiegesetz führen in der Praxis häufig zu hohen Kosten und viel mehr Bürokratie. Für Neubauten, aber auch für Bestandsgebäude kann der Einbau bestimmter Heizungstechnologien mit umfangreichen Umbauten verbunden sein durch neue Heizsysteme, zusätzliche Leitungen oder energetische Sanierungen an Dach, Keller oder Fassade. Für viele Eigentümer und insbesondere den Bestand an älteren Gebäuden bedeutet das erhebliche finanzielle Belastungen.

Genau deshalb ist es richtig, dass diese starre Vorgabe abgeschafft werden soll. Wenn wir über Heizkosten sprechen, dürfen wir nämlich nicht nur auf die Preise für Öl, Gas und Strom schauen. Wir müssen auch die Investitionskosten berücksichtigen. Genau hier zeigt sich, dass pauschale gesetzliche Vorgaben oft mehr Probleme als Lösungen schaffen.

Gleichzeitig ist klar: Erneuerbare Energien bleiben ein zentraler Bestandteil unserer Energiezukunft. Bayern gehört bereits heute zu den führenden Regionen beim Ausbau erneuerbarer Energien. Im Freistaat sind mittlerweile Stromerzeugungsanlagen mit einer Leistung von 40 Gigawatt installiert. Der größte Anteil liegt im Feld der Photovoltaik, aber auch Windkraft, Wasserkraft und Biomasse leisten wichtige Beiträge.

Der Ausbau erneuerbarer Energien wird also bereits aktiv vorangebracht. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass dieser Ausbau systemverträglich erfolgt. Deshalb ist es entscheidend, den Ausbau der erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau zu synchronisieren.

Meine Damen und Herren, wir alle teilen das Ziel einer sicheren, nachhaltigen und bezahlbaren Energieversorgung. Aber der vorliegende Antrag liefert dafür keine Lösungen. Er setzt auf Maßnahmen, die kurzfristig kaum Wirkung entfalten, und fordert die Rückkehr zu Regelungen, die viele Bürgerinnen und Bürger bereits stark verunsichert haben. Vor allem aber berücksichtigt er die wirtschaftlichen Realitäten nicht ausreichend – nicht im Wohnungsbau, nicht bei Eigentümern und nicht bei unseren Unternehmern. Wenn wir Menschen vor steigenden Energiepreisen schützen wollen, dann müssen wir vor allem eines tun: Bauen wieder möglich machen, Investitionen erleichtern, Bürokratie abbauen.

Klimaschutz bleibt wichtig, aber er muss wirtschaftlich tragfähig und gesellschaftlich akzeptiert sein. Deshalb führt der Antrag in der aktuellen Situation nicht in die richtige Richtung. Wir lehnen den Antrag der GRÜNEN hiermit ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Als Nächster: Kollege Florian von Brunn. Bitte.

**Florian von Brunn (SPD):** Sehr geehrter Herr Vizepräsident, verehrte Damen und Herren! Der Antrag der GRÜNEN spricht ein wichtiges Thema an. Ich verstehe auch die Kritik am Eckpunktepapier zum Gebäudemodernisierungsgesetz, wie es jetzt heißen soll.

Ich erinnere noch einmal an den Koalitionsvertrag, der zwischen CDU/CSU und SPD geschlossen worden ist. Darin wollten wir für Heizungslösungen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß, also die CO<sub>2</sub>-Reduzierung, zur zentralen Richtgröße machen. Ich persönlich bin kein großer Fan dieses Kompromisses, aber er ist jetzt so geschlossen worden.

Es gibt natürlich auch Argumente, die dafür sprechen und die zum Beispiel unser Fraktionsvorsitzender Matthias Miersch vorgebracht hat: Wenn man vor der Entscheidung steht, ob man eine effiziente Wärmepumpe einbaut oder auf eine teure Lösung mit Biokraftstoffen oder Biogasen als Beimischung setzt, dann wird sich jeder vernünftige Mensch für die günstige Lösung entscheiden.

(Zuruf: Wie bitte!)

Insofern gehen wir ohne Zwang den Weg in die richtige Richtung.

Allerdings müssen wir bei dieser Reform zwei Dinge klarstellen, weil wir bisher nur ein Eckpunktepapier haben und es jetzt konkretisiert wird: Wir als SPD haben erstens schon sehr deutlich gemacht, dass es beim Heizen nicht auf dem Rücken von Mieterinnen und Mietern zu Preiserhöhungen kommen darf. An dieser Stelle haben wir auch eine ganz klare Haltung.

(Beifall bei der SPD)

Das Zweite ist: Wir müssen auch dafür sorgen, dass man, wenn, wie es zum Beispiel die chemische Industrie befürchtet, nicht ausreichend Biogase oder Biokraftstoffe für das Betreiben der Heizung zur Verfügung stehen, dann nicht einfach sagen kann, okay, dann betreibe ich sie halt nur mit fossilen Kraftstoffen. Das geht nicht, und das müssen wir tatsächlich regeln.

Liebe GRÜNE, lieber Martin Stümpfig, Netzengpassgebiete und Förderstopps lehnen auch wir ab, wollen auch wir nicht. Auch wir wollen den Erfolg der Energiewende. Deswegen haben wir auch überlegt, ob wir dem Antrag zustimmen. Nachdem wir aber einfach auch in der Koalition sind und noch nach einem guten Weg suchen, wie wir das Gebäudemodernisierungersatz erfolgreich machen können, werden wir uns an der Stelle nur enthalten.

Jetzt noch ein Wort zu dem Vorredner von der AfD. Ich habe gerade über die Straftäter von der AfD gesprochen – und prompt steht Herr Halemba am Rednerpult.

Das ist doch bemerkenswert. Er hat auch wirklich, wenn man die Wärmepumpe als Enteignung bezeichnet, auf einem sehr, sehr niedrigen Niveau geredet.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD) – Heiterkeit bei der AfD)

Ich stelle fest, dass die Wärmepumpe die meistverkaufte Heizungsform im Jahr 2025 war, weil viele Leute das super finden – Photovoltaik, Speicher, Wärmepumpe und E-Auto. Dahin entscheiden sich die Leute. Es ist keine Enteignung, sondern die Leute erkennen die Vorteile.

Ich glaube nicht, dass es für den Industriestandort Deutschland oder Bayern besser ist, wenn man die Steinzeitmodelle der AfD wieder anwendet.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Es ist heute genannt worden: Kohlebergbau, Gas und Öl aus Russland oder aus dem Iran – damit gewinnen wir keinen Blumentopf, und damit werden wir auch in Zukunft nicht wettbewerbsfähig sein.

Herr Halemba, weil Sie hier so salbungsvolle Worte gewählt haben: Ich würde Ihnen an Ihrer Stelle erst einmal Rückkehr zur Vernunft empfehlen. Dann würde ich Ihnen eine Rückkehr zu Anstand und Gesetzestreue empfehlen. Aber vor allem würde ich Ihnen empfehlen, Ihre offensichtlichen Probleme anzugehen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Eine Zwischenbemerkung: Kollege Martin Stümpfig.

**Martin Stümpfig (GRÜNE):** Florian, ich hätte noch eine Nachfrage, weil es tatsächlich ein Problem ist: Wenn man sich jetzt die Statistiken anschaut, wer sich eine Wärmepumpe einbaut und wer sich eher noch eine Gas- und Ölheizung einbaut, dann sind Letzteres die Haushalte, die eh schon sozial schwächer sind, weniger Finanzmittel haben und vielleicht auch weniger Möglichkeiten hatten, sich wirklich umfassend zu

informieren. Die anderen, die sich informieren, werden sich, wie du gerade schon richtig sagst, eben zum Beispiel eine effiziente Wärmepumpe einbauen. Aber es ist halt nicht so. Es besteht die große Gefahr, dass sich dann eben gerade die sozial schwächeren Haushalte und genauso die Vermieter wieder die Gasheizung einbauen, weil die Installationskosten niedriger sind, und dann in die Kostenfalle tappen.

Deswegen noch einmal die Nachfrage: Erstens. Können wir uns auf euch verlassen, dass dieser Mieterschutz kommt? Zweitens. Wie wollt ihr sicherstellen, dass auch die sozial schwächeren Haushalte hier eben nicht in diese Kostenfalle tappen? Erst einmal wird die Gasheizung von den Investitionskosten her immer billiger sein – aber auf längere Sicht? Wie schafft man das, weil die Beratung ja auch abgeschafft wird?

**Florian von Brunn (SPD):** Das Erste kann ich dir für die bayerische SPD ganz klar beantworten, für die Bundes-SPD kann ich nicht sprechen: Wir wollen nicht, dass die Mieterinnen und Mieter die Leidtragenden von Heizungsformen sind, die nicht mehr bezahlbar sind.

Das Zweite ist, dass die Förderung – das ist Teil des Eckpunktepapiers – beibehalten wird.

Das Dritte ist, dass wir für die Haushalte, die die Heizung selber bezahlen müssen und nicht Mieter sind und die selbst dann, wenn sie die Förderung bekommen, nicht genug Geld hätten, Leasing-Modelle brauchen, die sie sich leisten können. Das wäre zum Beispiel an der Stelle tatsächlich eine Lösung. Dafür werden wir als SPD kämpfen. Mehr kann ich dazu im Moment nicht sagen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Damit liegen auch keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir schließen die Aussprache und kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/10741 seine Zustimmung geben will, den bitte ich ums Handzeichen. – Das

ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der CSU-Fraktion und der AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/10742 mit 19/10744 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.